

## Presse-Information

---

### **Bundesregierung gefährdet Klimaschutz und soziales Wohnen**

**Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (VdW) Rheinland Westfalen warnt angesichts der angekündigten Kürzungen von Bundesbauminister Peter Ramsauer im Bereich der Städtebauförderung und der energetischen Gebäudeinvestitionen vor schweren sozialen und klimapolitischen Folgen auch in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. „Damit gefährdet die Bundesregierung nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch ihre Klima-Ziele und den sozialen Zusammenhalt“, sagt Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen. Ramsauer will, wie aus dem Bundesbauausschuss zu erfahren war, 2011 sowohl die Mittel der Förderbank KfW zum energieeffizienten Bauen und Sanieren als auch die der Städtebauförderung halbieren. Damit spart er gerade dort, wo die Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht sparen wollte: an den Investitionen.**

Beide Förderungen haben enorme volkswirtschaftliche Bedeutung: Ein Euro an Städtebauförderung zieht sechs Euro an privaten Investitionen nach sich, beim CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm sind es sogar neun Euro. Mit dem Sanierungsprogramm sind 2009 bundesweit etwa 290000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert worden.

Durch die angekündigte Kürzung der Städtebauförderung sind nicht nur Jobs gefährdet, mit ihr trifft die Bundesregierung auch erneut die Ärmere. Schließlich werden mit den Mitteln soziale Brennpunkte entschärft, in die geförderten Viertel zieht mehr Lebensqualität und nicht zuletzt Sicherheit ein. Zu der Städtebauförderung zählt etwa das Programm „Soziale Stadt“. 2009 sind im Rahmen der Städtebauförderung 82 Millionen Euro nach Nordrhein-Westfalen geflossen, für 2010 sind 85 Millionen Euro eingeplant. Rheinland-Pfalz hatte 2009 in Höhe von 16,8 Millionen Euro von der Städtebauförderung profitiert, 2010 sollen es 17,6 Millionen Euro sein. Die geplante Kürzung wird die Investitionen in diesem Bereich stark zurückgehen lassen: da sich sowohl das Land als auch die Kommunen an den Projekten der Städtebauförderung beteiligen, wohl mindestens um das Doppelte der eigentlichen Kürzung. „Zum Leidwesen nicht nur der Wohnungs- und Bauwirtschaft, für die das Programm ein Job-Motor ist, sondern vor allem zum Leidwesen der Menschen, die in diesen Quartieren wohnen müssen“, sagt VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter.

Auch die Halbierung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms zur energetischen Modernisierung von Gebäuden hätte schwerwiegende Folgen. Dank dieses Programms hat die Förderbank KfW im vergangenen Jahr allein nach Nordrhein-Westfalen Kredite in Höhe

von 1,8 Milliarden Euro zum energieeffizienten Bauen und Sanieren vergeben. Genau 137288 Wohneinheiten wurden so energieeffizient gebaut beziehungsweise in einen energetisch besseren Zustand versetzt. Ein enormer Beitrag zum Klimaschutz, sind doch 20 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes auf den Energieverbrauch in Gebäuden zurückzuführen. Gerade dank der Gebäude-Modernisierung ist dieser Energieverbrauch in den Jahren 2003 bis 2008 in Nordrhein-Westfalen um 10,1 Prozent gesunken (Rheinland-Pfalz 9,7 Prozent). Insgesamt wollte die NRW-Landesregierung bis 2020 81 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gegenüber dem Jahr 2005 einsparen. „Dieses Ziel werden wir jetzt wohl nicht erreichen“, sagt Rychter.

In Rheinland-Pfalz lag das KfW-Kreditvolumen in diesem Bereich 2009 bei 370 Millionen Euro; 24860 Wohneinheiten wurden damit energieeffizient saniert oder gebaut. „Mit der nun geplanten minimalen Förderung kann die Wohnungswirtschaft die von ihr geforderte Leistung – nämlich umfangreich energetisch zu modernisieren – nicht erbringen“, sagt Alexander Rychter. Hier werde am falschen Ende gespart – am Klimaschutz.

Und weiter führt Rychter aus: „Die Ankündigung des Bundesbauministers konterkariert, was von der Regierung bisher zum Sparpaket gesagt wurde. Die hatte immer wieder betont, Investitionen würden geschont.“ Noch am Mittwochnachmittag hatte es aus Regierungskreisen geheißen: „Investitionen in die Städtebauförderung, den Wohnungsbau, die energetische Sanierung von Gebäuden sowie den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur werden fortgesetzt. Sie stehen für eine auf die Zukunft ausgerichtete, verantwortungsvolle Politik. Sie stellen die Weichen für ein wettbewerbsfähiges und damit auch sozial leistungsstarkes Deutschland.“

Der VdW Rheinland Westfalen vertritt 446 Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Allein in NRW lebt etwa ein Fünftel der Bevölkerung in den Gebäuden seiner Mitgliedsunternehmen.